

# Das superrote Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

# KPÖ



## Geheimniskrämerei ums Stromabdrehen

Viele Menschen frieren auch in diesem Winter wieder in ihren Wohnungen.

Rund drei Prozent der Bevölkerung kann es sich nicht leisten ihre Wohnung im Winter warm zu halten. Dies

nahm die KPÖ zum Anlass nachzufragen, wie es mit dem Energieabschalten in Linz ist.

Die stadteneigene Linz AG gab über die Anzahl an Abschaltungen von Strom und Gas keine konkrete Auskunft. Bürgermeister Franz Dobusch und So-

zialreferent Klaus Luger hatten schon zu früheren Anfragen der KPÖ keine Zahlen dazu.

Dient diese Geheimniskrämerei rund um die kalten und finsternen Wohnungen etwa der Bekämpfung von Energiearmut? Wir wissen es nicht.



**Gerlinde Grün**  
KPÖ-Gemeinderätin

## Soziale Schieflage in Linz?

Dass Eigenlob stinkt, ist bekannt. Trotz Sparkurs nennt sich Linz soziale Kulturhauptstadt.

Der Linzer Gemeinderat hat gegen die Stimme der KPÖ ein Sparbudget für 2013 beschlossen. Das Gratisessen für Kindergartenkinder ist gegessen. Der Besuch im Museum wird teurer und die Kulturschaffenden

bleiben weiter Hungerkünstler. Gewiss ist, dass es nicht bei diesen Sparmaßnahmen alleine bleiben wird.

### Umdenken findet nicht statt

Für Stadtwache, Westring und Wirtschaftsförderung werden Millionen zur Verfügung gestellt. Am Sozialen und bei Dienstleistungen wird der Rotstift angesetzt. Alles samt nicht sehr sozial, oder?

## **Brauchen wir eine Mietzinsobergrenze?**

Eine Begrenzung des Mietzinses auf sieben Euro pro Quadratmeter. Ist die Forderung der Wiener Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou auch für Linz notwendig?



**Anneliese Schedlberger** Landessekretärin des Mieterschutzverbandes OÖ

Bei den überteuerten Mieten ist eine Begrenzung des Mietzinses zu begrüßen. Vor allem bei Neubauten, da hier der Mietzins frei vereinbar ist. Wohnen muss für die BürgerInnen leistbar bleiben!



**Michael Bönisch** EDV-Techniker

„Schiach wia da Zins!“ weiss man in Österreich seit jeher. Darum: Schöner Wohnen mit Mietzinsobergrenze!



**Werner „Bill“ Hofmann** Chemielaborant

Eine Mietzinsobergrenze sollte unbedingt angestrebt werden, da sonst die frei vereinbarten Mieten in Neubauten stark steigen werden. Private Vermieter werden das Mietzinsniveau in die Höhe treiben. Dann werden auch die Genossenschaftsmieten nachziehen. Wohnen wird in Linz bald nicht mehr bezahlbar sein.

## **Beim Radverkehr wird gespart**

Das Budget für den Radverkehr wurde gekürzt. Für 2013 wurde dafür vor kurzem vom Gemeinderat 200.000 Euro festgesetzt. Das ist der tiefste Stand seit über 30 Jahren.

Dabei hat derselbe Gemeinderat die Erhöhung des Radverkehrs auf 15 Prozent bis 2020 beschlossen. Dafür sind rund 40 Millionen Euro nötig. Wir rechnen nach: Demnach

wird mit dem aktuellen Budget das Ziel in 200 Jahren erreicht werden!

### **Alles für den Autoverkehr?**

Bei Großprojekten für den motorisierten Verkehr werden laufend weit höhere Beträge bereitgestellt. Beim Radverkehr wird gespart. Es wird Zeit, dass die Stadt Linz Radfahren wirklich attraktiv macht. Das bedeutet Investitionen. Aber auch der ausufernde Autoverkehr muss in die Schranken gewiesen werden.



**DI Dr. Mirko Javurek**  
Vorsitzender der überparteilichen Initiative Fahrrad OÖ

## Gegen Kälte: Energie gerecht verteilen

Jeder Haushalt soll einen kostenlosen Grundbezug an Energie erhalten. Eine Energiegrundsicherung ist machbar.



### Energiepreise steigen

Die steigenden Energiepreise treffen besonders die einkommensschwächsten Haushalte.

Alleine in Oberösterreich sind 25.000 Personen von Energiearmut betroffen. Überwiegend sind es Frauen, zumeist Personen über 60 und Alleinstehende. Die Gewinne der Energiekonzern wachsen während immer öfter in den Haushalten die Energiezufuhr abgeschaltet wird, wenn die Bezahlung der hohen Strom- oder Gasrechnungen noch nicht gemacht ist. Kalte und finstere Wohnungen sind die Folge.

### Menschenrecht Wohnen

Wohnen ist laut UNO-Menschenrechtserklärung ein Grundrecht für

alle. Strom und Wärme zählen zu den unverzichtbaren Leistungen, zu denen alle gleich und ungehindert Zugang haben müssen. Daher tritt die KPÖ für einen kostenlosen Grundbezug an Energie ein.

Für einen Haushalt mit zwei Personen sind dies im Jahr etwa 2.200 Kilowattstunden Strom und 800 Kubikmeter Gas, so die Arbeiterkammer. Damit wäre der Energieverbrauch für Haushaltsgeräte, Beleuchtung und Heizung gesichert.

Dieses kostenlose Kontingent soll allen in Österreich lebenden Menschen als Rechtsanspruch zur Verfügung gestellt werden.

Energieverbrauch darüber hinaus soll progressiv verrechnet werden. Damit kann Energiever-

schwendung verhindert werden.

### Finanzierung wäre möglich

Die Finanzierung einer Energiegrundsicherung ist eine politische Frage. Österreich zählt zu den reichsten Ländern der Welt. Energiekonzerne erwirtschaften auf Kosten der Allgemeinheit und der Umwelt enorme Profite. Diese Profite könnten für eine Energiegrundsicherung für alle verwendet werden, damit keine Wohnung kalt und finster bleibt.

Als weitere Maßnahmen fordert die KPÖ eine amtliche Preisregelung für Strom, Gas und Heizöl. Auch eine Befreiung von der Mehrwertsteuer bringt eine deutliche Entlastung bei den Energiekosten.

## Spitze Splitter aus dem Gemeinderat

### Nicht mit der KPÖ

Per Gemeinderatsbeschluss werden die Marktgebühren neuerlich um 2,6 Prozent erhöht. Bereits 2010 erfolgte eine Erhöhung um zehn Prozent. 2011 um weitere 5,5 Prozent. Die KPÖ stimmte gegen diese Belastung.

### Warum eine Tiefgarage?

Enttäuschend war die Beantwortung einer KPÖ-Anfrage zur geplanten Tiefgarage Stockhofstraße. Nach dem Motto „Geht's euch brausen...“ ging Bürgermeister Dobusch in keiner Weise darauf ein, ob an diesem Standort eine Tiefgarage verkehrspolitisch und wirtschaftlich überhaupt notwendig und sinnvoll ist.

### Kompetenzverlust für Gemeinderat

Gegen die Stimme der KPÖ beschloss der Gemeinderat im September eine Anpassung der städtischen Delegationsverordnung im Zusammenhang mit Fremdfinanzierungen. Gemeinderätin Grün begründete ihre Ablehnung mit dem Kompetenzverlust des Gemeinderates zugunsten des Stadtsenats.

### „Heißes Eisen“ Eisenbahnbrücke

Als Freibrief für das Aus der Mühlkreisbahn kritisierte KPÖ-Gemeinderätin Gerlinde Grün eine Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich der Eisenbahnbrücke. Bekanntlich spießt sich die Übernahme der Mühlkreisbahn durch das Land an der desolaten Brücke.

## Wem gehört der öffentliche Raum?

Die Neugestaltung von Plätzen in Linz in den letzten Jahren erfolgte nach der „Marke Steinwüste“.

Beispiele dafür sind der Pfarrplatz, der Platz vor dem Nordico und zuletzt der Martin-Luther-Platz. Im Vorjahr wollte die KPÖ beim Thalia einen Infostand anmelden. Jedoch teilte dazu das Tiefbauamt mit, dass dort künftig für kommerzielle Aktivitäten reserviert ist. Und das obwohl die Stadt die Neugestaltung mit einer Subvention von 314.000 Euro an die Evangelische Pfarrgemeinde mitfinanziert hatte.

### Für Kommerz reserviert

Jetzt ist dieser zentral gelegene Platz laufend mit Bühnen, LKWs etc. für kommerzielle Veranstaltungen vollgerammelt. Hingegen bleibt es Parteien oder Vereinen verwehrt, dort zu werben. Der öffentliche Raum wird zugunsten von Geschäftsinteressen privatisiert. Bürgermeister Dobusch bestätigte nach einer Anfrage der KPÖ diese Regelung.



## Zuerst Graz, jetzt Linz!

Die KPÖ feierte Ende November 2012 bei der Gemeinderatswahl in Graz einen sensationellen Erfolg. Die KommunistInnen erzielten dort rund ein Fünftel der gültigen Stimmen.

Spitzenkandidatin Elke Kahr wurde als Stadträtin bestätigt, aber als Vizebürgermeisterin von ÖVP, SPÖ und FPÖ verhindert. Für die Linzer KPÖ ist das Grazer Wahlergebnis ein zusätzlicher Ansporn auch bei den nächsten Wahlen in Linz weiter zuzulegen.

„Wir KommunistInnen arbeiten fleißig. Wenn es uns gelingt, dies auch für die Menschen sichtbar zu machen, werden

wir auch gewählt“, meint die Linzer KPÖ-Gemeinderätin Gerlinde Grönn zum Erfolg in Graz. Die KPÖ wird in Linz ihre engagierte Arbeit fortsetzen und ihr Profil weiter schärfen. Der Wahlerfolg in Graz gibt dazu Rückenwind.

### Einsatz für sozial Schwache

Gemeinderätin Grönn stellt klar: Wenn wir in Linz ähnlich erfolgreich sind wie in

Graz, werden wir vieles auch so machen können wie die GenossInnen in Graz. Zum Beispiel werden wir dann genauso einen großen Teil der Politikergehälter in einen Sozialtopf spenden.

Glaubwürdigkeit, Bescheidenheit, Ehrlichkeit und der Einsatz für die sozial Schwachen. Das sind die Markenzeichen der KPÖ - nicht nur in Graz!

Aktuell, Nummer 01, Februar 2013

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Tel: +43 732 652156, E-Mail: ooe@kpoe.at, Web: ooe.kpoe.at; Konto Oberbank 480 2195 00 (BLZ 15.000); Druck: digitaldruck.at, Leobersdorf; Foto: Archiv, Stadt Linz  
 Offenlegung laut Mediengesetz: Laut §25, Absatz 2: Medieninhaberin (Verlegerin) ist die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ).  
 Die KPÖ ist eine politische Partei. Bundessprecher der KPÖ ist Dr. Mirko Messner. Laut Paragraph 25, Absatz 4: Die Blattlinie entspricht der politischen Linie der KPÖ.



### Antwortkarte (oder E-Mail an: ooe@kpoe.at)

Ja, ich bin interessiert, schick mir Infomaterial:

(Gewünschtes ankreuzen, Absender nicht vergessen, Karte abtrennen und in den nächsten Postkasten werfen.)

Kommunalprogramm  Doku Henriette Haill  Folder Energiegrundsicherung

Probexemplar

„Café KPÖ“  „Volksstimme“  „Die Arbeit“

Kampagne „Freifahrt für alle!“

Flyer  Aufkleber  Button  Broschüre  Plakat A3

Newsletter an meine E-Mailadresse:

Name und Anschrift:

Porto  
zahlt  
Empfängerin

An die  
KPÖ-Linz  
Melicharstraße 8  
4020 Linz